

Antrag - Nr. StVV - AT 11/2014 (§ 34 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.03.2014		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 1

Transparenzsetzung für die Stadt Bremerhaven (Piraten-Partei)

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die vorliegende Transparenzsetzung wird in der vorliegenden Form beschlossen und tritt mit Beschluss in Kraft. Der Magistrat wird angewiesen, auf eine zeitnahe Umsetzung der beschlossenen Satzung hinzuwirken und binnen 2 Jahren die dafür notwendige Infrastruktur herzustellen.

Begründung:

Im August 2006 wurde in Bremen das Bremer Informationsfreiheitsgesetz beschlossen. Auch in anderen Kommunen wie Hamburg beispielsweise, wo im Oktober 2012 ebenfalls diese Transparenzsetzung mit den Stimmen der SPD und Grünen beschlossen wurde und das bis dahin geltende hamburgische Informationsfreiheitsgesetz ablöste, gibt es Bestrebungen staatliches Handeln transparenter zu gestalten.

Aus Sicht von Bündnis 21-PIRATEN ein richtiger Schritt, denn Transparenz stärkt die Demokratie und schafft Vertrauen.

Eine transparente Verwaltung ist kein Selbstzweck. Behördliches Handeln soll einerseits nachvollziehbar gemacht werden, andererseits sollen die Bürger so in die Lage versetzt werden, aktiver an der Gestaltung des Gemeinwesens mitzuwirken. Mit der Transparenzsetzung können die Bürger der Verwaltung auf Augenhöhe begegnen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gez. Alexander N i e d e r m e i e r
Piratenpartei Bremerhaven

Anlage

Transparenzsetzung für die Stadt Bremerhaven